

Nr. 15/404

Für Zivilcourage und Engagement gegen Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt

Antrag (EntschlieÙung) der Fraktionen der SPD,
der CDU und Bündnis 90/Die Grünen
vom 10. Oktober 2000
(Drucksache 15/487)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt mit allem Nachdruck fest, dass Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus im Lande Bremen nicht geduldet werden und unmissverständlich mit allen staatlich zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden müssen. Auch die Gesellschaft und jeder einzelne Bürger sind gefordert, in der Auseinandersetzung mit dem intoleranten Gedanken- gut extremistischer Ideologien Zivilcourage und Engagement zu zeigen.
2. Es ist eine Schande für Bremen und Bremerhaven, wenn die Mitglieder unserer jüdischen Gemeinden mitten unter uns wieder Angst vor Übergriffen rechts- extremistischer Gewalttäter haben müssen. In Bremen und Bremerhaven leben mehr als 1.000 Personen jüdischen Glaubens. Sie haben, wie alle Bürgerinnen und Bürger, einen Anspruch auf ein Leben ohne Angst. Darum fordern die Mitglieder der Bürgerschaft (Landtag) alle Menschen in Bremen und Bremerhaven auf, jederzeit den Mut und die Bereitschaft zu zeigen, sich entschlossen und solidarisch gegen die unsäglichen Erscheinungsformen anti- jüdischer Gewalt zu stellen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) drückt ihren Respekt und ihre moralische Unterstützung für das eindeutige Engagement bei der spontanen Demonstration von Schülerinnen und Schülern mehrerer Bremerhavener Schulzentren gegen die Schändung des Gedenksteins der ehemaligen Bremerhavener Synagoge und gegen die volksverhetzenden Schmierereien rechtsextremistischer Täter am Geschwister-Scholl-Schulzentrum in Bremerhaven aus. Es ist ein überzeugendes und eindeutiges Signal der jungen Generation für ein friedliches Zusammenleben in unseren Städten, das Mut macht.

Nr. 15/405

Belastung der Mieter durch die „Ökosteuer“

GroÙe Anfrage der Fraktion der CDU
vom 29. August 2000
(Drucksache 15/435)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 26. September 2000

(Drucksache 15/474)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/406

Studienreform I: Bachelor- und Master-Abschlüsse, Modularisierung

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 11. September 2000
(Drucksache 15/448)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 26. September 2000

(Drucksache 15/475)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/407

Studienreform II: Teilzeitstudium

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 11. September 2000
(Drucksache 15/449)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 26. September 2000

(Drucksache 15/476)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/408

Volksabstimmung über EU-Osterweiterung

Antrag (Entschließung) des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 19. September 2000
(Drucksache 15/464)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Nr. 15/409

Absage an Pleite-Währung Euro

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 19. September 2000
(Drucksache 15/465)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/410

Leitlinien der Bundesregierung zur Förderung der maritimen Wirtschaft

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 31. Juli 2000
(Drucksache 15/412)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 26. September 2000

(Drucksache 15/473)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/411

Förderung von Existenzgründungen verbessern

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 21. März 2000
(Drucksache 15/256)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/412

Förderung von Existenzgründungen verbessern

Mitteilung des Senats vom 5. September 2000
(Drucksache 15/444)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 15/413

Schwerpunktprogramm Bremerhaven

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 12. September 2000
(Drucksache 15/453)

Die Bürgerschaft (Landtag) und der Senat haben in der letzten Legislaturperiode die Zukunftinitiative Bremerhaven beschlossen, um wegen der schwierigen Arbeitsmarktlage und der einseitigen Wirtschaftsstruktur der Seestadt bei ihren strukturpolitischen Anstrengungen zu helfen.

In Anbetracht der anhaltenden wirtschaftsstruktur- und arbeitsmarktpolitischen Problemsituation Bremerhavens haben der Senat und die ihn tragenden Koalitionsparteien einen Schwerpunkt der wirtschafts- und finanzstärkenden Maßnahmen für Bremerhavener Projekte gesetzt.

Um dieser politischen Absichtserklärung Rechnung zu tragen und den Strukturwandel in Bremerhaven zu beschleunigen, ist es notwendig, die für Bremerhaven wichtigen Projekte in den Beratungen des Wirtschaftsstrukturpolitischen Aktionsprogramms 2000 bis 2010 zu verankern.

Da eine Vielzahl der Projekte bereits vor diesem Zeitraum begonnen und umgesetzt werden sollen, ist es weiterhin notwendig, Vor- und Zwischenfinanzierungen einzusetzen und im Programmzeitraum abzudecken.

Die Bürgerschaft (Landtag) geht dabei davon aus, dass für das Land Bremen im Rahmen des Finanzplans insgesamt 3,9 Mrd. DM und für Bremerhaven 25 % der Gesamtsumme für den Programmzeitraum zur Verfügung stehen. Für den Schwerpunkt Bremerhaven sind daher Projekte im Gesamtvolumen von ca. 1 Mrd. DM förderfähig.

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt in diesem Zusammenhang folgende Projekte mit den nachfolgend geschätzten Finanzierungsbedarfen:

1. Projekte, die im Rahmen EU-Ziel-2 Phase V zu finanzieren sind

Biotechnologiezentrum (inkl. Folgekosten)	rd. 35 Mio. DM
Revitalisierung der Industriebranche Geeste-Metall-Bau (soweit nicht über Urban 2)	rd. 25 Mio. DM
IuK-Technologiepark (ggf. Urban 2)	rd. 25 Mio. DM
2. Schwerpunktprojekte des ISP, die über die Laufzeit 2004 abfinanziert werden

Fischereihafenschleuse	rd. 106 Mio. DM
------------------------	-----------------

Ocean-Park	rd. 71 Mio. DM
Carl-Schurz-Kaserne	rd. 6 Mio. DM

Diese Abfinanzierungen sind den ISP-Schwerpunktprojekten 2005 bis 2010 für Bremerhaven anzurechnen.

- Darüber hinaus sollten folgende Projekte in die Planungsarbeiten zum ISP 2005 bis 2010 einbezogen werden:

3.1 Verkehrsprojekte im ISP

Kreuzungsfreier Ausbau der Cherbourger Straße	rd. 120 Mio. DM
Ausbau Zubringer Mitte	rd. 25 Mio. DM
Ausbau Zubringer Geestemünde	rd. 40 Mio. DM
Anbindung Columbusbahnhof	rd. 25 Mio. DM

3.2 Neue Projekte des ISP-WAP

Stadtbad Mitte	rd. 35 Mio. DM
Verkehrslandeplatz Luneort	rd. 12 Mio. DM
Erschließung des südlichen Fischereihafens	rd. 80 Mio. DM
Gewerbeflächenerschließung Stadtgebiet	rd. 80 Mio. DM
Erlebniswelt Auswanderung	rd. 40 Mio. DM

Mit diesen Projekten kann in Teilen vor dem Jahr 2005 begonnen werden, wenn eine Vor- und/oder Zwischenfinanzierung gemäß Regelwerk sichergestellt werden kann.

- Finanzierungen im Rahmen des Grund-WAP

In diesem Rahmen ist die institutionelle Förderung der Wirtschaftsförderung Bremerhavens ebenso sicherzustellen wie die Finanzierung durchzuführender Förderprogramme des Landes, die Abfinanzierung der Innenstadtmaßnahmen Bremerhavens, die Veranstaltungsförderung sowie Bremerhavener Projekte im Rahmen der Fondsstruktur des WAP.

- Container-Terminal IV

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Beschlüsse des Senats zum geplanten Ausbau des CT IV und bittet den Senat, zeitnah (bis Dezember 2000) eine Kostenermittlung und Vorschläge zur Finanzierung darzustellen.

Nr. 15/414

Charta der Grundrechte der Europäischen Union

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen,
der SPD und der CDU
vom 10. Oktober 2000
(Neufassung der Drs. 15/482 vom 05.10.00)
(Drucksache 15/486)

- Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die maßgebliche Beteiligung der nationalen Parlamente und des Europaparlaments am Konvent und seine offene Arbeitsweise. Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Auffassung, dass der vorgelegte Entwurf einer Charta der Grundrechte der Europäischen Union insgesamt gut geeignet ist, die gemeinsamen Werte der Europäischen Union – basierend auf der Würde des Menschen, auf Freiheit, Gleichheit und Solidarität – sichtbarer zu machen und die Tätigkeit der Organe und Einrichtungen der Europäischen Union durch Grundrechte von Bürgerinnen und Bürgern zu binden. Die Charta der Grundrechte wird die Legitimation und Akzeptanz des Handelns der Europäischen Union erhöhen.
- Die Bürgerschaft (Landtag) hofft, dass es in einigen wichtigen Fragen der Grundrechtsentwicklung noch zu Verbesserungen des vorgelegten Entwurfes kommt. Dies betrifft unter anderem das generelle und nicht nur teilweise Verbot des Klonens von Menschen.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass der Europäische Rat in Nizza Beschlüsse fasst, in welcher Form und in welchem Verfahren die Charta der Grundrechte rechtsverbindlicher Bestandteil der Europäischen Verträge wird. Nur so kann die Charta die angestrebte politische und rechtliche Wirkung entfalten. Die Bürgerschaft (Landtag) geht davon aus, dass auch das Europäische Parlament die Charta bestätigen wird.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich dafür aus, dass der Europäische Rat von Nizza weitere Schritte für einen Verfassungsvertrag der Europäischen Union, der gründlich zu erarbeiten ist, einleitet. Ziel muss ein Dokument sein, das in klarer und übersichtlicher Form neben den Grundrechten die Ziele der Europäischen Union, ihre demokratischen Grundsätze, ihre Organe und ihre Kompetenzen – auch in Abgrenzung zu denen der Mitgliedstaaten – sowie die Verfahren zur Weiterentwicklung enthält. Die Bürgerschaft (Landtag) hält dazu die erneute Einberufung eines Konventes für einen geeigneten Weg.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, entsprechend tätig zu werden.

Nr. 15/415

Cuxhaven als Standort für den Tiefwasserhafen der norddeutschen Küstenregion

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)

vom 22. September 2000

(Drucksache 15/468)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/416

Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:

Ökonomische Anreizsysteme für einen umweltfreundlichen Seeverkehr

Mitteilung des Senats vom 26. September 2000

(Drucksache 15/471)